

Hinweise zur Bestimmung der Hauptwohnung nach § 21 Absatz 2 Bundesmeldegesetzes (BMG)

Die Festlegung, welche von mehreren Wohnungen die Hauptwohnung ist, wird von der Meldebehörde getroffen und kann nicht von der meldepflichtigen Person frei gewählt werden.

Hauptwohnung nach § 21 Absatz 2 BMG ist die vorwiegend benutzte Wohnung. Welche von mehreren Wohnungen vorwiegend benutzt wird, bestimmt sich nach den tatsächlichen Aufenthaltszeiten. Das Bundesverwaltungsgericht hat klargestellt, dass sich die vorwiegende Nutzung nicht nach dem Aufenthalt in der Wohnung selbst, sondern nach dem Aufenthalt an dem Ort, in dem sich die Wohnung befindet, bestimmt (Urteil des BVerwG vom 15. Oktober 1991, DVBL 1991, 305). Der überwiegende Aufenthalt wiederum wird anhand einer taggenauen Vergleichsberechnung ermittelt. Dies hat zur Folge, dass Tage, an denen Sie sich nicht ausschließlich an dem einen oder anderen Wohnort aufhalten, dem Ort zugerechnet werden, auf den der überwiegende Teil dieser Tage entfällt.

Grundlage für die Berechnung sind die Angaben der meldepflichtigen Person. Die Meldebehörde prüft, ob die Angaben des Einwohners glaubhaft und nachvollziehbar sind. Zur Beantwortung sind Sie nach § 25 BMG verpflichtet. Wenn es erforderlich sein sollte, sind Sie auch zu weiteren Auskünften und zur Vorlage von Nachweisen verpflichtet. Wer diesen Verpflichtungen vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommt, handelt nach § 54 Absatz 2 Nummer 5 BMG ordnungswidrig.

Rechtliche Grundlagen nach dem Bundesmeldegesetz:

§ 21 Mehrere Wohnungen

- (1) Hat ein Einwohner mehrere Wohnungen im Inland, so ist eine dieser Wohnungen seine Hauptwohnung.
- (2) Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners.
- (3) Nebenwohnung ist jede weitere Wohnung des Einwohners im Inland.
- (4) Die meldepflichtige Person hat der Meldebehörde bei jeder An- oder Abmeldung mitzuteilen, welche weiteren Wohnungen im Inland sie hat und welche Wohnung ihre Hauptwohnung ist. Sie hat jede Änderung der Hauptwohnung innerhalb von zwei Wochen der Meldebehörde mitzuteilen, die für die neue Hauptwohnung zuständig ist. Zieht die meldepflichtige Person aus einer ihrer Nebenwohnungen im Inland aus und bezieht keine neue Wohnung, so hat sie dies der Meldebehörde, die für die Nebenwohnung zuständig ist, oder der Meldebehörde, die für die alleinige Wohnung oder die Hauptwohnung zuständig ist, mitzuteilen.

§ 22 Bestimmung der Hauptwohnung

- (1) Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder des Lebenspartners.
- (2) Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Personensorgeberechtigten; leben diese getrennt, ist Hauptwohnung die Wohnung des Sorgeberechtigten, die von dem minderjährigen Einwohner vorwiegend benutzt wird.
- (3) In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.
- (4) Kann der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Absätzen 1 und 3 nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die Wohnung nach § 21 Absatz 2.
- (5) Auf Antrag eines Einwohners, der in einer Einrichtung für behinderte Menschen wohnt, bleibt die Wohnung nach Absatz 2, bis er 25 Jahre alt ist, seine Hauptwohnung.

§ 25 Mitwirkungspflichten der meldepflichtigen Person

Die meldepflichtige Person hat auf Verlangen der Meldebehörde

1. die zur ordnungsgemäßen Führung des Melderegisters erforderlichen Auskünfte zu erteilen,
2. die zum Nachweis der Angaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen und
3. persönlich bei der Meldebehörde zu erscheinen.

Bei Begründung eines Hauptwohnsitzes im Ausland und Anmeldung mit Haupt-/alleinige Wohnung im Inland:

In quantitativer Hinsicht bleibt eine vorübergehende Benutzung einer Wohnung außer Acht, wenn sie nur geringen Umfangs ist. Ein Maßstab für die Abgrenzung zwischen solchen unbeachtlichen Kurzaufenthalten und einem meldepflichtigen Wohnen ergibt sich aus § 27 Abs. 2 BMG und den dort geregelten Ausnahmen für Aufenthalte von bis drei Monaten für Personen, die sonst im Ausland wohnen und im Inland nicht nach § 17 Abs. 1 BMG gemeldet sind (vgl. VG Hannover, Beschluss vom 11. Dezember 2018 – 10 B 7226/18 –, juris Rn. 21).

Dabei muss der Bezug eine gewisse Verfestigung aufweisen, die den sicheren Schluss zulässt, dass die Person die Räumlichkeiten zu ihrem zentralen Aufenthaltsort gewählt hat und wesentliche Bestandteile der eigenen Lebensorganisation dort stattfinden. Für den objektiven Betrachter müssen Umstände erkennbar sein, die auf eine Absicht der Person schließen lassen, die Räumlichkeiten für einen nicht unerheblichen Zeitraum tatsächlich zu beziehen. Besuchsweise und vorübergehende Aufenthalte und Übernachtungen werden vom Melderecht nicht erfasst. (vgl. OVG Greifswald, Beschluss vom 09.04.2024 – 1 LZ 499/22 OVG)

Erklärung zur Bestimmung der Hauptwohnung

Name, Vorname

Geburtsdatum

1. Anschrift der neu anzumeldenden Wohnung (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

2. Anschrift der bisherigen Wohnung (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Staat)

Da ich meine bisherige Wohnung als Hauptwohnung beibehalten möchte, erkläre ich zu meiner Anmeldung bzw. Bestimmung der Haupt-/Nebenwohnung Folgendes:

Ich bin verheiratet / führe eine eingetragene Lebenspartnerschaft / bin ledig / geschieden / verwitwet *
Ich habe / habe keine* minderjährigen Kinder.

Ich lebe getrennt/nicht getrennt* von meiner oben genannten Familie. Die Hauptwohnung meiner Familie befindet sich in:

(Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Staat)

Bezogen auf ein Jahr ab dem Tag des Einzugs beabsichtige ich folgende Aufenthalte:

Vor dem Hintergrund meiner Erwerbstätigkeit / meiner Ausbildung/meines Studiums* in

(PLZ, Ort)

werde ich mich hier in der Regel voraussichtlich an folgenden Tagen der Woche aufhalten:

Mo Di Mi Do Fr Sa So

Die Entfernung zwischen Wohnung 1 und 2 beträgt km.

Ich werde mich voraussichtlich jedes Wochenende / an Wochenenden/an Tagen* nicht am Ort meiner Erwerbstätigkeit / meiner Ausbildung / meines Studiums* aufhalten.

Ich verbringe voraussichtlich meine(n) Schul-/Semesterferien/Urlaub* von Tagen/Wochen/Monaten*

a) Tage/Wochen* in Wohnung 1

b) Tage/Wochen* in Wohnung 2

c) Tage/Wochen* andernorts (weder a noch b)

Weitere Angaben zum Beispiel über voraussichtliche Abwesenheiten vom Schul-, Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitsort (z. B. Auslandsaufenthalt, ehrenamtliche Tätigkeiten etc.):

(ggf.: Belege)

Die Angaben sind Teil meiner Anhörung nach § 28 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Die Hinweise zur Bestimmung der Hauptwohnung habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

(Unterschrift)

* Nicht Zutreffendes bitte streichen.